

**Beschluss (vorläufig)** Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 17.11.2019  
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

## Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach
- 3 Jahren des Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und
- 5 befeuern sozial-ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von
- 7 Exportüberschüssen,
- 8 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 9 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 10 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu
- 11 Recht festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 12 gesehen hat.“
- 13 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit
- 14 nimmt zu.
- 15 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die
- 16 an Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen
- 17 leben. Das alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und
- 18 gefährdet bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische
- 19 Politik.
- 20 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig
- 21 erschüttern globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale
- 22 Weltwirtschaftsordnung.
- 23 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen.
- 24 Nach Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der
- 25 Konjunktur ab.
- 26 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und
- 27 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere.. Wir müssen jetzt den
- 28 Mut haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen
- 29 Breite der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken. .

25 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische  
Welt.  
26 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit  
unseres  
27 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander  
28 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen  
29 Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.  
30 Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit  
ein  
31 Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel  
zur  
32 Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir  
aber  
33 wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen  
diese  
34 Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche  
Freiheit  
35 neu beleben.  
36 Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen  
in  
37 Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue  
Arbeitsplätze  
38 im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen  
39 Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich  
wie  
40 privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit  
Produktivität  
41 und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen  
anpacken zu  
42 können.  
43 Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält  
und  
44 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen  
hinweg und  
45 für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische**  
46 **Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem  
ungeregeltem  
47 Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige  
Modell der  
48 Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die  
Grundlage  
49 gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die  
50 Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die  
Verpflichtung  
51 auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und  
Finanzsystem  
52 an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung  
garantiert –  
53 und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

54 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen  
für faires,  
55 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt  
56 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und  
soll  
57 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen  
nachhaltigen  
58 Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise  
59 basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

60 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die  
Dynamik eines  
61 fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und  
innovative  
62 Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die  
63 Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte  
von  
64 Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und  
unseren  
65 Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können  
Bedürfnisse und  
66 Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen  
konnten sich so  
67 aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher  
gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große  
68 Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur  
Übernutzung  
69 nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen  
gehen zu Lasten  
70 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf  
Märkten  
71 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.

73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten  
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter  
öffentlicher  
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er  
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer  
übergeordnete  
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche  
nach den  
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom  
Faktor  
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte  
Umwelt-  
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung  
ökologische und  
81 soziale Werte einpflegen.

82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften  
83 in  
84 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt  
85 jenseits  
86 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten  
87 Bereichen.  
88 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen  
89 außerhalb  
90 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen  
91 jenseits von  
92 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine  
93 aktive  
94 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen  
95 Rahmenbedingungen für  
96 ihre Ausweitung und Absicherung.

97 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu  
98 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir  
99 diese  
100 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir Grüne wollen einen  
101 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht,  
102 sondern  
103 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen  
104 und des  
105 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.

106 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert  
107 radikales  
108 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit  
109 Konsum  
110 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit  
111 aufwertet.

112 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der  
113 Zukunft  
114 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet.  
115 Im  
116 Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das  
117 Wohlergehen aller Bürger\*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine  
118 Politik, die  
119 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen  
120 Herausforderungen jetzt  
121 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl  
122 und  
123 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle  
124 einnehmen und  
125 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen  
126 möglich ist.

127 Es wird gelingen

128 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und  
129 Würde

109 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso  
fördert  
110 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf  
globale  
111 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und  
112 gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert.  
113 Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und  
ökologische  
114 Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die  
sozial-  
115 ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für  
nachhaltige  
116 Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen,  
an der  
117 Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global  
mitzuwirken.  
118 Was Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen nicht brauchen, ist  
eine  
119 wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in  
hektischen  
120 Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend  
neue  
121 Welt.

122 Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender,  
ja ein  
123 schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des  
Erfolges der  
124 deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden,  
um den  
125 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche  
Industrie  
126 auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre  
127 Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die  
Sozialpartnerschaft  
128 mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

129 Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft  
wird dann  
130 erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die  
131 Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät\*innen und Gewerkschaften, ohne ihre  
Perspektive,  
132 ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der  
Aufbau einer  
133 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten  
Seit an  
134 Seit für den Wandel kämpfen.

135 Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler\*innen  
schalten ihre  
136 Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit  
fossilen

137 Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne  
138 Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches  
139 Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen  
sind da.

140 **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende  
Mehrheit

141 ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in  
142 politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit  
143 Wirtschaftsvertreter\*innen, Bürgerbewegungen, Studierendenorganisationen,  
Gewerkschaften und  
144 kritischen Forscher\*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die Kräfte  
behaupten, die  
145 einer Transformation entgegen stehen.

146 Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische  
Transformation ebnen:

### 147 **1. Ein neuer Wohlstandsbegriff**

148 Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben  
innerhalb der  
149 planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen.  
Unser

150 heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft  
stetig

151 wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und  
Arbeitslosigkeit,

152 geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es  
verschärfen sich

153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes

154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen  
miteinander im

155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch  
Wachstum soweit möglich von**

156 **Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das  
Problem – der damit

157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken  
- wie zum

158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.

159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie  
ökologischer

160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den  
maximalen

161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler  
Ressourcen zu

162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch  
wachstumsunabhängig

163 stabil zu bleiben.

164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand  
und

165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden

unseres  
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von  
Natur- und  
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen  
beispielsweise den  
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und  
Abschreibungen  
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von  
Umweltschäden  
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo  
wiederhergestellt  
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit,  
die vor  
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres  
Wohlstands bildet,  
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein  
neues**  
174 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um  
neben den  
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu  
messen und  
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender  
messen und den  
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden Auch für die  
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche

180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrieren  
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten  
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichenden über  
Nachhaltigkeitsindikatoren  
183 wie CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen  
verpflichtend in die  
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und  
der  
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für  
nicht  
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir  
abschaffen. Wir  
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass  
Aktiengesellschaften  
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung  
189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine  
Nachhaltigkeitsstrategie  
190 zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst  
möglich,  
191 dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine  
Entscheidung der  
192 nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung  
dient.  
193 Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft

194 und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und  
195 sozialen  
196 Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den  
wirtschaftlichen  
196 Erfolg eines Unternehmens haben.

## 197 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen**<sup>1</sup>

198 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer  
intakten  
199 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß kurz davor, alle  
roten  
200 Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher\*innen warnen. Das hätte  
201 gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren  
wir schon  
202 heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden,  
obwohl  
203 sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben.  
Politisch werden  
204 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere  
Gesellschaften  
205 fordern wie nie zuvor.

206 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in  
die  
207 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt.  
Um  
208 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude**  
**weitgehend**  
209 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine  
zentrale  
210 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der  
211 Chemiebranche.

212 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und  
Marktdurchdringung nun  
213 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit  
214 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im  
nächsten  
215 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme  
erschließen.  
216 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter  
verwenden sowie  
217 CO<sub>2</sub>-lastige durch CO<sub>2</sub>-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.  
218 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen  
nicht  
219 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung**  
**aus dem**  
220 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft  
entfalten  
221 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein**  
**mächtiges**



222 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende  
Krisen  
223 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen,  
dass  
224 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde  
Menschen  
225 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine  
**grüne**  
226 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit  
dies  
227 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**  
228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen  
Verhalten in  
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch  
lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und  
stattdessen  
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche  
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die  
verlässliche  
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten  
Datum kein  
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil  
die  
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften  
wird  
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt  
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die  
Schwelle zur  
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die  
Basis  
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt  
für alle  
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und CO<sub>2</sub>-  
Minderungspfade  
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte  
Kontrolle, ob die  
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele  
vor.

246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche  
Vorgaben. Zum  
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen  
werden und  
248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau  
der  
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für

250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur  
251 planungssicherer  
252 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten  
253 Überkapazitäten so  
254 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.  
255 CO2 muss einen Preis bekommen  
256 Ein **wirksamer CO2-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes,  
257 den wir  
258 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen  
259 sich  
260 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit  
261 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO2-Ausstoßes und für eine  
262 Umstellung  
263 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen  
264 setzen. Nur so  
265 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für  
266 einen  
267 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO2-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert  
268 mittelfristig  
269 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur  
270 notwendig,  
271 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.  
272 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten  
273 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche  
274 finanzielle  
275 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und**  
276 **klimaschädliche**  
277 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland  
278 über 57 Milliarden  
279 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur  
280 Plastikherstellung, dem  
281 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die  
282 Nichtbesteuerung von  
283 Kerosin wollen wir endlich beenden.  
284 Investitionen in CO2-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen  
285 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist  
286 erst bei  
287 sehr hohen CO2-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch  
288 nicht  
289 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen,  
290 wollen wir  
291 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO2-Preis und den  
292 tatsächlichen CO2-  
293 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren  
294 und  
295 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können  
296 über eine  
297 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und

die für  
278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese  
Investitionen  
279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne  
eine  
280 entsprechende CO2-Bepreisung vermieden.

281 Förderpolitik gibt Starthilfe

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und  
wollen sie  
283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO2-neutrale Industrieprozesse in  
den  
284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**  
**Abschreibungsmöglichkeiten**  
285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO2-neutraler Verfahren und Prozesse**  
**gezielt fördern.** Die  
286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin  
richten  
287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so  
288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre  
Produkte  
289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden  
291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA)  
zeitlich  
292 befristet wieder einführen.

293 Plurale Bildung und Forschung ermöglichen

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und  
die  
295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie  
296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet  
297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe  
Ansätze – also  
298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht  
werden.

299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs-  
und  
300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu  
Postwachstumsökonomien  
301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 In die ökologische Infrastruktur investieren

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung  
aus  
304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau  
von  
305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau  
von  
306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.

307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und  
Gasheizungen benötigen  
308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen  
und die  
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und  
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige  
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu  
können. Für  
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein  
Investitionsprogramm in Höhe  
314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische  
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind  
nur drei  
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in  
Höhe von 30  
317 Milliarden pro Jahr.**

318 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen  
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im  
internationalen  
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies  
kann über  
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe  
aufgeschlagen  
323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger  
energieintensive  
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen  
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt  
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass  
Anlagekapital  
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und  
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft**  
umlenken und  
331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder  
Erdölindustrie  
332 aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen  
Finanzwende  
333 profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-  
Label für  
334 nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards.  
Damit alle  
335 Anleger\*innen nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften,  
werden wir  
336 entsprechende Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamtenpension  
oder  
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und  
Klimaschutzkriterien  
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse  
geben. Dafür  
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten  
des  
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von  
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir  
einen  
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die  
17 UN-Ziele  
345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und  
346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser  
Grundlage müssen  
347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung  
durch  
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel  
durch  
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei  
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken  
bergen.

352 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter  
Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr  
Rohstoffe  
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen  
und außerdem  
355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität  
beispielsweise gibt  
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den  
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu  
senken.  
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**.  
Diese  
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der  
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile  
auch  
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür  
wollen wir  
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen  
Abfallvermeidung-  
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen

## **Recyclingquoten**

- 365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen.  
Hersteller\*innen
- 366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.
- 367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und
- 368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden.  
Ein
- 369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer
- 370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus  
fördert. Auch
- 371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone  
können ein
- 372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu
- 373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-  
Prozesse
- 374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

## **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

- 376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die  
Digitalisierung
- 377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch  
viele
- 378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch
- 379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger.  
Für
- 380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass  
sie
- 381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir  
eine
- 382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürgerinnen  
und
- 383 Bürger absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder
- 384 selbstständig oder auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel  
zwischen
- 385 diesen unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen,  
freiwillige
- 386 und unfreiwillige, geben wird.
- 387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu  
Bürgerversicherungen
- 388 weiterentwickeln, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf alle Einkommensarten  
einzahlen. Die
- 389 Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen,  
abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden, mit einem Recht  
auf
- 391 Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit sich  
insbesondere
- 392 Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können. Und wir  
wollen, dass
- 393 in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen wollen wir eine

394 Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine Garantiesicherung, mit  
der wir  
395 Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale Abfederung der  
Veränderungen,  
396 sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an der Gesellschaft  
teilzuhaben und  
397 den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ mitgestalten zu können.

## 398 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

399 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die  
Digitalisierung  
400 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden  
wegfallen  
401 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der  
Summe dann  
402 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand  
verlässlich  
403 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv  
404 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer.  
Zugleich  
405 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und  
Fremdbestimmung. Ein  
406 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive  
**Fachkräftemangel** - eine  
407 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der  
Menschen im  
408 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.  
409 Für beide Entwicklungen - den Fachkräftemangel und die Veränderungen der  
Arbeitswelt - muss  
410 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und  
411 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.  
412 Zukunftsbildung ist der Schlüssel  
413 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer  
414 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das  
bedeutet  
415 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu  
zu  
416 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen  
417 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird  
damit Teil des  
418 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu  
einer  
419 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen  
Jahrhunderten damit  
420 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im  
21.  
421 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung  
festschreiben.

422 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch  
den  
423 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während  
424 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als  
die  
425 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im  
Rahmen der  
426 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch  
auf  
427 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.  
428  
429 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich  
430 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale  
Anlaufstellen für  
431 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere  
kleine  
432 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn  
sie  
433 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die  
434 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden,  
in denen  
435 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und  
Hochschulen sowie  
436 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig  
beste  
437 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die  
Bildungsagentur von  
438 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die  
439 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits  
starke  
440 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards  
eingehalten  
441 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter  
nutzen.  
442 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und  
443 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die  
sich  
444 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die  
besondere  
445 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil  
sie  
446 nicht gut lesen und schreiben können.

447 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer\*innen insbesondere  
beim  
448 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige  
Maßnahme  
449 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der  
Beschäftigten und  
450 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der  
Kurzarbeit muss  
451 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir



die

- 452 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch  
453 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen,  
Gewerkschaften und  
454 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.  
455 Fachkräftemangel bekämpfen
- 456 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf  
457 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen  
und die  
458 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen  
Wandels  
459 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend  
notwendig.  
460 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht.  
Wir  
461 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**  
462 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit  
eines  
463 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der  
Arbeitsbedingungen und  
464 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch  
insbesondere  
465 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus-  
und  
466 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt  
467 integrieren.
- 468 Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit
- 469 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“  
und  
470 spiegelt sich in den üblichen Wohlbefindungs- und Lebenszufriedenheitsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese  
471 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine  
472 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von  
Frauen  
473 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit  
von  
474 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die  
eigenständige  
475 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von  
Frauen in  
476 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach  
erhöhten  
477 Altersarmutsrisiko.
- 478 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und  
Bildungseinrichtungen  
479 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir  
480 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr  
Arbeitsvolumen in  
481 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr

482 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige  
PflegeZeit Plus  
483 pro zu pflegender Person einführen.

484 Neue Jobs

485 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der  
Pflege, der  
486 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen  
ausgebaut  
487 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen  
an ihrer  
488 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen  
kümmern, dürfen  
489 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

490 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit  
stetigen  
491 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs  
geschaffen  
492 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare  
Sicherheit (BMU)  
493 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-  
Energien-Branche** in  
494 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt.  
Im  
495 gesamten **Bereich Umwelttechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5  
Millionen  
496 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7  
497 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer,  
498 Elektrotechnikerinnen, Ingenieurinnen, Vertriebsmitarbeiter\*innen, Bürokräfte - von  
der  
499 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

500 Gute Arbeitsbedingungen

501 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit  
und  
502 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive

503 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre  
Erwerbstätigkeit überwinden.

504 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die  
Unternehmen zum  
505 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen  
wir es  
506 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von  
507 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator\*innen einen besonderen Schutz  
erhalten  
508 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat  
angesehen und  
509 verfolgt wird.

510 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die  
Entscheidungen,  
511 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer\*innen im Betrieb.  
Deshalb  
512 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen  
wir, dass die  
513 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der  
Weiterbildung  
514 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen.  
Die  
515 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße  
von  
516 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der  
517 Arbeitnehmervertreter\*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im  
Aufsichtsrat  
518 erweitert werden.

519 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire  
Arbeitsbedingungen. Wir  
520 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und  
zudem dafür  
521 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als  
Sofortmaßnahme  
522 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitbeschäftigte von  
ihrer Arbeit  
523 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren  
524 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig  
nicht mehr  
525 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich  
verankern,  
526 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die  
Tarifentwicklung  
527 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter\*innen der Wissenschaft in der  
528 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

529 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag  
die  
530 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeschäftigten gelten sowie eine zusätzliche  
531 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir  
fordern ein  
532 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen  
Lohn für  
533 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**  
534 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu  
sorgen, dass die  
535 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander  
abgestimmt  
536 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern  
und  
537 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die  
heute noch  
538 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder

im  
539 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf**  
nicht mehr  
540 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden  
können,  
541 etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

542 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**  
anpassen.  
543 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger  
544 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer\*innen-  
Begriff neu  
545 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige  
546 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es

547 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu  
schützen.  
548 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürgerversicherung am  
549 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell  
zu  
550 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem  
werden wir  
551 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche  
552 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren  
notwendig sowie  
553 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der  
Auftragsvergabe  
554 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des  
555 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

556 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**,  
sie  
557 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl  
Erwerbs-  
558 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer  
gerechteren  
559 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch  
die  
560 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil  
an  
561 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für  
ein Recht  
562 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es  
563 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

564 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit  
von  
565 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen  
566 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft,  
sowie von  
567 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im  
Home-Office,  
568 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in

Bezug auf den  
569 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen  
Betriebssitz. Es  
570 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit  
besser ins Leben  
571 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der  
572 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.  
573 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und  
repetitive  
574 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit.  
Dies  
575 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen  
politisch  
576 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt  
werden.  
577 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmern rund um  
578 die Uhr. Zum Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze  
für  
579 die tägliche Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung,  
wie es im  
580 Rahmen des Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der  
Digitalisierung  
581 nutzen und mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine  
582 **Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-  
Stunden-Stellen als  
583 Vollzeitstellen anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem  
584 Arbeitszeitkorridor umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen  
585 Arbeitszeiten ist darauf zu achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem  
586 Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist  
für  
587 uns klar, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir  
588 Existenzsicherung und Lohnarbeit in Zukunft stärker entkoppeln wollen.  
589 Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist  
notwendig,  
590 damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition  
591 eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei  
weitem  
592 nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund  
der  
593 Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können.  
In  
594 vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der  
lange  
595 Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass  
sich  
596 Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die  
sich um  
597 Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im

Zeitraum von ca.

598 9 bis 15 Uhr stattfinden.

599 Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in  
600 Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die  
rund um

601 die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer  
noch

602 vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem  
603 ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter  
entwickeln, und

604 auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche  
Unternehmen zu

605 fördern.

606 Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von  
Unternehmen

607 mit Frauen besetzt werden, Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für  
Aufsichtsräte**

608 und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine  
40-

609 Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und  
610 Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine

611 Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in  
612 Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für  
die

613 Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-  
Office

614 einführen.

615 Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

616 Eine verbesserte **Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem  
Fachkräftemangel als

617 auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die

618 Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang  
sind wir

619 im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wir  
wollen

620 daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen  
deutlich

621 anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen

622 Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen  
mehr

623 Informationen bereit zu stellen.

624 Vielfalt als Wettbewerbsvorteil

625 Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe  
im Beruf

626 und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz  
gehören

627 alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche  
628 Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen,  
629 Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft  
630 sind in der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher.**

631 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber\*innen  
632 verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch  
633 Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das  
634 Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch  
635 Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21.  
Jahrhundert  
636 erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und  
637 professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien,**  
638 durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte,  
639 sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und  
640 sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit  
gutem  
641 Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible**  
642 **Bewerbungs- und Auswahlverfahren.** Wir wollen uns dafür einsetzen, dass  
anonymisierte  
643 Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen  
grundsätzlich  
644 angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die  
Bürokratiekosten.

645 Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die  
im  
646 Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von  
Beschäftigten  
647 einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten  
und  
648 LSBT\*I\*Q-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf  
keine  
649 arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir  
wollen  
650 deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger  
fassen und  
651 damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

652 **6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

653 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen  
Wandel voran  
654 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue  
Arbeitsplätze,  
655 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen  
Forschungsbonus

656 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten  
und Verfahren  
657 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der  
Umsatzsteuer  
658 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In  
Strukturwandelregionen  
659 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen  
Unternehmen  
660 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen  
und  
661 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die  
Energiewende,  
662 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die  
Landwirtschaft.  
663 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere  
Tarifbindung  
664 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der  
Ausbildung  
665 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet  
werden. Durch  
666 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen  
wir dafür, dass  
667 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

668 Gründer\*innen fördern

669 Wir brauchen eine neue Gründer\*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig  
Eigenkapital  
670 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen  
671 Gründungskapitals, welches Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000  
Euro  
672 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das  
Gründungskapital  
673 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel  
und  
674 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-  
675 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams  
sowie  
676 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

677 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch  
678 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female  
Founder  
679 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland  
ein großes  
680 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel  
eher  
681 männliche als weibliche Gründer\*innen, weshalb wir die Diversität des  
Gründungsteams zu  
682 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen  
wollen **Wir**  
683 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu  
schaffen, der sich nur**



684 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht.  
Nach einem  
685 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen  
Effekt  
686 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen  
für Frauen,  
687 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen  
anstreben finanziell  
688 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können  
dazu  
689 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen  
zu  
690 entwickeln und umzusetzen.

691 Jede fünfte Gründerin und jeder fünfte Gründer hat eine Einwanderungsgeschichte. Die  
692 migrantische Ökonomie ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden.  
Deutschlandweit  
693 machen von Menschen mit Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20  
Prozent aller  
694 Unternehmen aus. In einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit  
leisten  
695 sie einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass  
die  
696 Hürden bei allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für  
Menschen mit  
697 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem  
persönlichen  
698 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten  
werden und  
699 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie  
schaffen.

700 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen  
ein  
701 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die  
702 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunction erfüllen, eine nachhaltige  
703 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren  
so  
704 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen**  
**Auftragsvergabe und**  
705 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien**  
**und innovative**  
706 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren  
verschlankt und  
707 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten  
708 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups  
mit  
709 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen  
durchsetzen  
710 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

- 711 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer\*innen  
den  
712 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von  
nicht  
713 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung  
und  
714 -förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer\*innen  
Zeit zum  
715 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von  
Gründer\*innen und  
716 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die  
heutige  
717 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir  
wollen  
718 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als  
bisher zum  
719 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.
- 720 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige  
öffnen** und  
721 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche  
722 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine  
Kultur des  
723 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge  
724 ermöglicht.
- 725 Für die erfolgversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-  
Pass**  
726 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-  
727 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten.  
Sie sollen  
728 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und  
zu  
729 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter\*innen des Startups
- 730 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum  
auch Beratung  
731 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.  
732 Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten
- 733 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir  
fordern  
734 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die  
vollständige  
735 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger\*innen  
und der  
736 Verwaltung viel Zeit und Geld.
- 737 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele  
738 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt  
von

- 739 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir  
wir
- 740 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir  
**beschleunigen**.
- 741 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen  
742 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine  
zügige  
743 Planung auszustatten.
- 744 Wagnisse ermöglichen
- 745 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende  
Technologien auch  
746 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
- 747 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den  
Unterschied  
748 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen  
Unternehmen  
749 ausmachen.
- 750 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der
- 751 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine  
Investitionswelle im  
752 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber\*in jungen  
753 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass  
unsere  
754 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das  
755 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel
- 756 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später  
einmal  
757 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt  
werden.
- 758 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital  
günstig  
759 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter  
760 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser  
unabhängig  
761 verwalteter Bürgerfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den  
762 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-  
Bereich  
763 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürgerfonds verhindern  
wir  
764 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem  
765 Bürgerfonds.
- 766 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen  
für junge  
767 Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von  
768 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

769 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über  
770 500 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist  
771 derzeit in  
772 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente  
773 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds  
774 aufbauen,  
775 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.  
776 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die  
777 Strukturen  
778 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedsstaaten sich beteiligen  
779 müssen,  
780 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen  
781 können.

777 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der  
778 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale  
779 Ökosysteme  
780 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische  
781 und  
782 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir Grüne wollen technischen Fortschritt, der sich  
783 an  
784 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

## 782 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

783 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die  
784 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler  
785 Strukturen der  
786 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und  
787 der freie  
788 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und  
789 Dienste.  
790 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

788 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch  
789 von  
790 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne  
791 grundlegende Eingriffe  
792 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und  
793 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

792 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür  
793 muss  
794 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem  
795 Unternehmertum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir  
796 dabei  
797 unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der  
798 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

797 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und  
798 plädieren  
799 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-

799 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine  
eigene  
800 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine  
effiziente und  
801 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

802 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen  
Halbleiterindustrie** -  
803 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im  
Bereich  
804 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster  
nachhaltig.. Ein  
805 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt  
werden. In  
806 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in  
Europa.  
807 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von  
808 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

809 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

810 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die  
eine  
811 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner  
Verbraucherschutz,  
812 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** - wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen  
- auch bei  
813 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail  
selbstverständlich  
814 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken  
gewährleistet  
815 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren  
und wechseln  
816 zu können.

817 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten.  
Deshalb  
818 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher  
von der  
819 Bundesregierung verhindert wird.

820 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder  
821 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden.  
Wenn  
822 beispielsweise  
823 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine  
beim Verkauf  
824 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den  
**lokalen**  
825 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co.  
**schützen.** Ziel ist  
826 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen.**

Außerdem werden wir  
827 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die  
Gewinne von  
828 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.  
829 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein  
830 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte  
zu  
831 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine  
**gesetzliche**  
832 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.  
833 Standards für die datengetriebene Wirtschaft  
834 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene  
835 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt,  
insbesondere  
836 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und  
wir  
837 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue  
838 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die**  
**Grundvoraussetzung**, damit  
839 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft  
diesen  
840 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung  
öffentlicher  
841 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine  
Führungsrolle zu, die  
842 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen  
843 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.  
844 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich  
durch die  
845 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden  
können. Solange  
846 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum  
Datenaustausch  
847 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von  
Geschäftsmodellen oder  
848 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen  
eingreift.  
849 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten  
und zur  
850 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die  
auch  
851 strafbewehrter Verbote einschließen.  
852 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative  
Nutzung nicht  
853 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus  
Entwicklungs- und  
854 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen

855 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen  
856 Vorgaben für  
857 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die  
858 treuhänderisch  
859 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch  
860 Kartellbehörden  
861 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende  
862 Ausgestaltungsmöglichkeiten für  
863 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von  
864 Einzelpersonen, wollen  
865 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste  
866 Modellprojekte anstoßen.

867 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen  
868 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem  
869 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit  
870 der  
871 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen  
872 Welt stärken  
873 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche  
874 und  
875 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und  
algorithmische  
Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich  
876 der Haftung,  
877 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer  
878 Entscheidungen sowie  
879 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

880 IT für grüne Ziele nutzen

881 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter  
882 zusammenzuführen. Die  
883 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür  
884 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial  
der  
Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die  
885 Digitalisierung kann  
886 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln,  
887 besteht aber  
888 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung  
889 wird.

890 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und  
891 der  
892 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert\*innen zufolge  
893 wird der  
894 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen,  
895 wenn  
896 wir nicht umsteuern.

897 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine  
898 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-

IT“-

884 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige  
885 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches  
886 Potenzial für  
886 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

887 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO2-Emissionen bis 2030  
887 gegenüber  
888 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent  
889 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30  
889 Prozent könnte der  
890 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem  
891 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir  
891 konsequent  
892 nutzen.

893 Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in  
893 vielen  
894 Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet  
894 die  
895 Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen  
895 dafür, dass  
896 Wegstrecken zur Arbeit und damit CO2-Emissionen eingespart werden können. Mit den

897 selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und  
897 zusätzlich  
898 flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele  
899 Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form  
900 intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und  
900 etwa  
901 Leerfahrten zu verhindern.

902 IT-Sicherheit für die Industrie

903 Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer  
903 Industrie.  
904 Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für IT-  
904 Sicherheit**, in dem  
905 das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die  
905 Entwicklung von  
906 Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern.  
906 Außerdem  
907 wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für  
908 Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

## 909 **8. Die Technik von morgen entwickeln**

910 Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für  
911 Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen.  
911 Innovationen  
912 entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und  
913 Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in



isolierten  
914 Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die  
915 Umsetzung zu kommen.  
916  
917 Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere  
Hochschulen, freie  
918 Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und  
919 Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität  
920 entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der  
Forschung  
921 ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam  
entwickelt und in  
922 der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung  
zu  
923 fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung  
neuer  
924 Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet  
werden.  
925 Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung.  
Auch in  
926 Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo  
Märkte  
927 versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen.  
Für  
928 diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme  
ambitionierter,  
929 risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden,  
proaktiven  
930 und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als  
**Leadinvestor** ein  
931 innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.  
932 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre.  
Hochschulen und  
933 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer  
Logik. Gerade  
934 disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf  
eine  
935 unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es  
936 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind.  
Deshalb setzen  
937 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der  
938 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.  
939 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren  
940 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des  
21.

941 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im  
Rahmen der  
942 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens-  
und  
943 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden**  
**europäischen**  
944 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen  
wir ein  
945 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die  
946 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,  
947 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt,  
um  
948 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

949 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen  
950 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein**  
**deutsch-französisches**  
951 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen  
hat die  
952 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen  
etabliert.  
953 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und  
Initiativen eng  
954 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles  
deutsch-  
955 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscherinnen und Forscher  
956 zusammenzubringen und tatsächlich Synergien zu etablieren.

957 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft,  
digitale  
958 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau  
eine  
959 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von  
schnellem  
960 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die  
Bundesregierung  
961 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und  
5G-  
962 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

963 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern  
daher die  
964 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von  
5G, die  
965 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die  
966 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir  
967 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren  
über  
968 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz  
und die  
969 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir

setzen uns  
970 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst  
einheitliches  
971 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

972 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem  
Internet bis zu  
973 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide  
974 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den  
Glasfaserausbau  
975 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs  
seiner  
976 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei  
neuen  
977 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte  
Verpflichtungen  
978 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

979 Neue Wege bei Forschung & Entwicklung

980 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb  
wollen wir  
981 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,  
982 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein  
für  
983 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter  
984 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre),  
insbesondere Open  
985 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders  
fördern. Wir  
986 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu  
987 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative  
und neue  
988 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science  
Slams bilden  
989 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an  
990 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger\*innen und Forschenden.

991 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere  
Rolle  
992 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und  
Entwicklung  
993 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen  
ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von  
öffentlichen  
994 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei  
Forschungsanliegen  
995 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen zu berücksichtigen. Dafür  
996 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der  
997 Formulierung von Forschungsfragen.  
998

999 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass  
1000 Patente und  
1001 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes  
Wissen)  
1002 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern.  
Investitionen aus  
1003 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an  
der  
1004 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte  
in  
1005 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons)  
entwickelt  
1006 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

## 1006 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1007 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und  
1008 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen  
Kommunen klafft  
1009 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel  
1010 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu  
erhalten.  
1011 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer  
Verpflichtung nach  
1012 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem  
1013 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.  
1014 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen  
besser zu  
1015 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das  
kann über  
1016 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen  
auch  
1017 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von  
Investitionen und dem  
1018 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt  
oft  
1019 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und  
Verwaltung  
1020 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen  
dann das  
1021 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen  
Regionen  
1022 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen  
1023 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht  
dort  
1024 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.  
1025 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen  
ausrichten,  
1026 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort

1027 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen  
Altschulden  
1028 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber  
auch die  
1029 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige  
1030 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu  
sehr  
1031 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen  
wieder Luft  
1032 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben  
entlasten und  
1033 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den  
Genuss der  
1034 günstigsten Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale**  
**Wirtschaftsförderung**  
1035 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu  
bewältigen  
1036 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen  
ist nicht  
1037 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete  
Fachkräfte  
1038 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr  
ansiedeln.  
1039 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach  
Cottbus  
1040 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder  
Warschau.  
1041 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin  
1042 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute  
Bahnverbindungen würden die  
1043 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren**  
**stärken**  
1044 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und  
kulturellen  
1045 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend  
und  
1046 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln  
bzw.  
1047 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.  
1048 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit  
oder sind  
1049 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge  
Zugewanderte  
1050 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.  
1051 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen**  
**Binnenmarktes**  
1052 **nutzen**  
1053 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen  
Innovationskraft,

1054 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und  
Europa  
1055 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1056 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der  
Welt. Kein großes  
1057 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten  
zu  
1058 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie,  
Rechtsstaatlichkeit und  
1059 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen  
auseinanderdividieren zu  
1060 lassen.

1061 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln  
folgen. Mit der  
1062 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich  
Unternehmen  
1063 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO  
1064 international Karriere.

1065 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame  
Standards für  
1066 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen  
1067 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen  
Kapitalismus  
1068 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht  
entscheiden,  
1069 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die  
sozial-  
1070 ökologische Marktwirtschaft.**

1071 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der  
eigenen  
1072 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt –  
nach  
1073 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit  
einer  
1074 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische  
1075 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1076 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit  
1077 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und  
Europa aktiv  
1078 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche  
Aufträge,  
1079 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei  
insbesondere auch  
1080 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine  
langfristige  
1081 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO2-Mindestpreis, oder die Förderung

industrieller  
1082 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven  
Branchen  
1083 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige  
Investitionen  
1084 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen  
Investitionsprogramme müssen  
1085 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1086 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher  
1087 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter  
1088 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.  
1089 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn  
auch  
1090 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben  
beteiligen.  
1091 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung  
und eine  
1092 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme  
müssen Teil  
1093 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

1094 Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen

1095 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten  
1096 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen  
Wettbewerb auf  
1097 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der  
Anti-  
1098 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung  
der Regeln  
1099 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei  
öffentlichen  
1100 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die  
Möglichkeiten zu  
1101 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag  
zu  
1102 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu  
berücksichtigen.

1103 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,  
1104 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es  
eine  
1105 europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische  
1106 Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen  
lassen und  
1107 dadurch den Wettbewerb verzerren.

1108 Kontrolle über kritische Infrastruktur

1109 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische  
Infrastruktur**  
1110 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für

1111 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und  
1112 konsequent  
1113 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische  
1114 Infrastruktur  
1115 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten  
1116 Fall  
1117 erpressbar.

1118 Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen  
1119 Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen  
1120 Infrastruktur**  
1121 **notwendig.**

1122 Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die  
1123 deutsche  
1124 Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere  
1125 digitale  
1126 Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende  
1127 Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit  
1128 vorliegenden IT-  
1129 Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders  
1130 sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat  
1131 gezeigt, wie  
1132 groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz  
1133 besonders  
1134 kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher  
1135 Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer  
1136 Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware  
1137 und  
1138 unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und  
1139 auch für  
1140 europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu  
1141 erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale  
1142 Souveränität  
1143 für Europas Bürgerinnen und Bürger und seine Unternehmen zu verfolgen.

1144 Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

1145 Auch global sollten wir Europäer\*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes  
1146 europäisches  
1147 Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss  
1148 fair  
1149 produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris  
1150 stattfinden.

1151 Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden.  
1152 Dafür braucht  
1153 es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber  
1154 Handelspartnern  
1155 einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und  
1156 menschenrechtliche  
1157 Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz  
1158 neuer



1140 Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar  
machen.  
1141 So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren  
Vorprodukte mit  
1142 Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.  
1143 Den Euro zur Leitwährung machen  
1144 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen  
Währung.  
1145 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand  
aller  
1146 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.  
1147 Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die  
**Währungsunion**  
1148 **vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische  
1149 Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt,  
dass eine  
1150 Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut  
funktionieren  
1151 kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im  
Abschwung  
1152 beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter  
finanzieren  
1153 kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter  
wie den  
1154 Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet  
oder die  
1155 Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert  
und  
1156 investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden  
Staaten  
1157 umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über  
europaweite Steuern  
1158 wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer  
1159 harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.  
1160 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen  
Währung.  
1161 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand  
aller  
1162 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der  
Währungsunion  
1163 braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen  
Markt für  
1164 sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das  
gemeinsame  
1165 Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum  
Beispiel  
1166 grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame**  
**europäische** Anleihen  
1167 zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts  
und

1168perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.  
1169So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das  
ist nicht  
1170nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage  
1171europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.  
1172Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür  
1173wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen  
**Europäischen**  
1174**Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen  
Mitbestimmung  
1175und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame  
1176Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir  
sicher, dass  
1177Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler  
abgewickelt  
1178werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime  
inklusive einer  
1179robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum andern braucht  
es dafür  
1180eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung  
ausgestaltet  
1181sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert  
ist.  
1182Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre  
bewährten  
1183Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit  
seiner  
1184eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.  
1185Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb  
Europas und zur  
1186Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden  
1187Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum  
Atmen  
1188lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren.  
Um dies  
1189zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der  
1190Einkommenskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir  
uns für die  
1191Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen  
Stabilisator  
1192ein.

## 1193 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1194Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes  
1195Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher  
Macht  
1196begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der  
1197Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee

- 1198 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten  
hohe
- 1199 Gewinne auf Kosten der Verbraucher\*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung  
behindern.
- 1200 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen  
und erhöht
- 1201 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben  
und
- 1202 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale  
Geschäftsmodelle
- 1203 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer\*innen zahlen für  
viele Dienste im
- 1204 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne  
Plattformen zu
- 1205 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um  
1206 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner\*innen Preise zu diktieren  
oder
- 1207 Konkurrent\*innen auszubooten.
- 1208 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren.** Wenn sie  
anderen
- 1209 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die  
1210 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik  
den
- 1211 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**  
1212 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach  
dieses
- 1213 Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches  
1214 Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und  
verbraucherschädigendes Verhalten
- 1215 fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole  
1216 reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten  
aussprechen kann.
- 1217 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung  
nachweisen,
- 1218 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir  
treten
- 1219 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch  
aufgespalten werden
- 1220 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und  
Gesellschaft wird.
- 1221 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram,**  
**Facebook und**
- 1222 **WhatsApp wieder entflechten.** Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie  
sie heute
- 1223 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen,  
wollen
- 1224 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten  
1225 Datenschutzbestimmungen entfachen.
- 1226 Wir Grüne wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge  
angewandt

1227 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei  
1228 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer  
Agrochemiekonzerne  
1229 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die  
Umwelt.  
1230 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.  
1231 Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreterin für Außen- und  
1232 Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten  
werden.  
1233 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der  
Abgasskandal hat  
1234 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu  
umgehen.  
1235 Wir Grüne wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen  
eine  
1236 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von  
Straftaten  
1237 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat  
seine Gesetze  
1238 und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte  
Gesetzeslücken  
1239 geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht  
immer  
1240 tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie,  
Aufsichtsbehörden  
1241 und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist\*innen und Interessengruppen  
auf den  
1242 Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches  
Lobbyregister**  
1243 einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der  
Wirtschaft  
1244 aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor  
Sanktionen  
1245 und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und  
1246 abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für  
Whistleblower\*innen.  
1247 Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten  
bei  
1248 öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.  
1249 Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die  
vom  
1250 Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht  
auch  
1251 zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften,  
Entschädigungsansprüchen  
1252 nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals  
1253 Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch  
muss  
1254 jede\* Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen,

um das  
1255 Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

## 1256 **12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen**

1257 Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:

1258 Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und  
1259 beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus  
1260 internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremisten und Nationalisten  
benutzen

1261 die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall in  
den

1262 Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche

1263 und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik  
Umweltschutz,

1264 Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in  
Balance

1265 bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen  
Süden

1266 Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen. Wir brauchen aber  
auch einen

1267 Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere Ökosysteme hängen  
voneinander ab.

1268 In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen

1269 global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere vorangehen. Gerade die  
wohlhabenden

1270 und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den Weg für eine grüne Wende  
im globalen

1271 Maßstab ebnen.

1272 Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen  
dieses

1273 Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang  
zu

1274 unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer  
Mindeststandards.

1275 Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer\*innen weltweit entstehen.  
Wenn

1276 Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser  
Klimaabkommen,

1277 die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen,  
dürfen diese

1278 nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar  
konterkariert

1279 werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner\*innen sich  
1280 verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine

menschenrechtliche

1281 Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

1282 aufzuerlegen.

1283 Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU Handelspolitik**. Das  
1284 Mercosur-Abkommen,  
1285 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel  
1286 einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir  
1287 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP,  
1288 CETA  
1289 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima,  
1290 Umwelt,  
1291 Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen enthalten. Der  
1292 brennende Amazonas  
1293 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU  
1294 und den  
1295 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den  
1296 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von**  
1297 **Agrarprodukten aus**  
1298 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**  
1299 **Regenwald**.  
1300 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die  
1301 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald  
1302 und die  
1303 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen  
1304 wirkungsvollen  
1305 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen  
1306 werden könnten.

1307 **Wir Grüne lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer**  
1308 **bisherigen Form ab**, denn  
1309 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht.  
1310 Deswegen  
1311 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des  
1312 jetzigen  
1313 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt.  
1314 Außerdem ist  
1315 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen,  
1316 die es  
1317 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat  
1318 und die  
1319 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1320 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie  
1321 auf  
1322 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für  
1323 fairen, offenen,  
1324 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die  
1325 Globalisierung  
1326 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür  
1327 müssen  
1328 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein  
1329 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf  
1330 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung  
1331 auswirken.

- 1312 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet
- 1313 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser
- 1314 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben werden,
- 1315 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele
- 1316 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-
- 1317 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.
- 1318 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher\*innen für alle Teile
- 1319 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen
- 1320 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire
- 1321 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so zu
- 1322 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.
- 1323 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für
- 1324 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen
- 1325 können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden
- 1326 Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die
- 1327 Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen Fracking-
- 1328 Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.
- 1329 Lieferkettengesetz einführen
- 1330 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder
- 1331 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen
- 1332 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten
- 1333 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen
- 1334 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten
- 1335 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland
- 1336 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien
- 1337 Lieferketten einkaufen.
- 1338 Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar machen,
- 1339 wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen

1340 beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder**  
1341 **bewusst ihre**  
1342 **Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland**  
1343 **zivilrechtlich**  
1344 **belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen  
1345 müssen  
1346 entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor  
1347 allem  
1348 müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte  
1349 produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht  
1350 durch  
1351 Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und  
1352 ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren  
1353 Supermarktregalen  
1354 sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft  
1355 und  
1356 Menschenrechte.

1357 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der  
1358 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding  
1359 Treaty  
1360 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere  
1361 Wirtschaftsunternehmen für  
1362 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1363 Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards  
1364 für  
1365 Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden.  
1366 So  
1367 sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im  
1368 Kongo  
1369 geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesh vergiftet haben oder  
1370 auch  
1371 Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den  
1372 Europäischen Markt  
1373 gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die  
1374 Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale  
1375 Verbesserungen entlang  
1376 der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1377 Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

1378 Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch  
1379 Handelsabkommen  
1380 vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz  
1381 sensibler  
1382 Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung  
1383 regionaler  
1384 Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher  
1385 Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen  
1386 Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von  
1387 Verträgen  
1388 zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.



1370 Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden,  
die den  
1371 Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und  
1372 klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür  
1373 kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete  
Produkte  
1374 aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern.  
Wir  
1375 wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen  
die  
1376 Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen  
Handelsabkommen, da  
1377 die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu  
geraten.  
1378 Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder  
1379 Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um  
1380 Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale  
Verbrauch von  
1381 Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen  
Zugang.  
1382 Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher  
1383 setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der  
Abbau von  
1384 Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung  
zu  
1385 Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten  
1386 Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten,  
denn  
1387 bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch  
Vorteile,  
1388 wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist.  
Voraussetzung  
1389 dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und  
demokratiepolitischen  
1390 Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden.  
Diese müssen  
1391 auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor\*innen und  
Unternehmen, im  
1392 Verbraucherland und auf internationaler Ebene.  
1393 Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen  
1394 Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“  
aufgekündigt  
1395 wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren  
die  
1396 Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen  
ließen die  
1397 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die  
internationalen  
1398 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und

1399 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt  
erschüttert  
1400 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in  
ihrer  
1401 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen  
1402 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar.  
Wir  
1403 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues**  
**System stabilerer**  
1404 **Wechselkurse anregen**. In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,  
Entwicklung und  
1405 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1406 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung  
zentral. Wir  
1407 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern  
ermöglicht,  
1408 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür  
1409 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch  
1410 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre  
Währungen  
1411 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine  
1412 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu  
kommen, wollen  
1413 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf  
Entwicklungsländer  
1414 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte  
1415 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern  
es mit  
1416 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenwap-  
1417 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen  
Union  
1418 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1419 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive  
Investitionen.  
1420 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet  
bereitzustellen,  
1421 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1422 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale  
Entwicklungsbanken können  
1423 beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-  
1424 ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern  
verlässlichen Zugang  
1425 zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die  
Weltgemeinschaft für  
1426 globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der  
"gemeinsamen,  
1427 aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit  
ganz  
1428 konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir

dürfen sie

1429 nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und  
1430 armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1431 Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es  
ein

1432 geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein  
System, das

1433 die Interessen der Gläubiger\*innen und Schuldner\*innen austariert, führt zu adäquater

1434 Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen  
die

1435 aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle.  
Genauso wie

1436 korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für  
Fehlinvestitionen

1437 belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das  
Einklagen

1438 von Schulden verwehrt werden.

1439 Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des  
Gemein-

1440 wohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik  
„Nettokreditgeber“ –

1441 das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren geht, übersteigt  
die

1442 Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und Entwicklungszahlungen. Wir  
unterstützen

1443 daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die organisierte Ausbeutung über  
Steuersümpfe und

1444 das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir Staaten dabei unterstützen, solide  
Steuersysteme

1445 aufzubauen.

### 1446 **13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1447 Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung  
realwirtschaftlicher

1448 Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese  
1449 positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die

1450 globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen  
Zahlungsverkehr,

1451 Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte  
und

1452 internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister  
1453 gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang  
mit

1454 Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1455 Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger attraktive

1456 Sparmöglichkeiten anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten  
Regulierungen

1457 und einer umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine  
1458 Spekulationsgeschäfte und  
1459 vor allem den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf  
1460 so  
1461 genannten nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen,  
1462 der  
1463 zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine  
1464 Erbensprüche  
1465 vorhanden sind. Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur  
1466 Erfassung  
1467 dieser Konten, deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1468 Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker  
1469 auch wieder  
1470 im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In  
1471 Deutschland  
1472 hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und  
1473 Privatbanken  
1474 bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken.**  
1475 Öffentliche  
1476 Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der  
1477 nicht-  
1478 finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren  
1479 eine  
1480 Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und  
1481 transparenter  
1482 werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1483 Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen  
1484 Regeln  
1485 werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** -  
1486 eine  
1487 ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent- stellt sicher, dass genügend  
1488 Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende  
1489 systemrelevante Banken  
1490 müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des  
1491 Geschäftsmodells  
1492 orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den  
1493 Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz  
1494 berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives  
1495 Trennbankensystem,  
1496 hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht  
1497 mehr das  
1498 Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der  
1499 Steuerzahler\*innen gehört  
1500 dann der Vergangenheit an.

1501 Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten  
1502 entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr  
1503 einfacher und  
1504 schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare  
1505 Wettbewerbsregeln  
1506 schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante

Stellung nutzen

1486 können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**

1487 **Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese

1488 von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen

1489 Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen.

**Privates Geld**

1490 wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell

1491 viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,

1492 die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon

1493 problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols

1494 lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1495 **Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre

1496 Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen.

Diese

1498 Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung

1499 eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer der Unternehmen und der Kunden

1500 gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu

1501 gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch

1502 sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es

1503 nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung des

1504 Kunden weiterverkaufen.

1505 Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute dazu,

1506 dass Anleger\*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den

1507 höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – der Kunde zahlt

1508 die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater\*in,

1509 dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und

1510 sich das Berufsbild der Berater\*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute

1511 Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1512 Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in  
Konzern- und  
1513 Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die  
1514 Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für  
Banken  
1515 und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu  
Finanzierungen,  
1516 die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher  
Hand, wie  
1517 deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen  
müssen  
1518 ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas  
1519 machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im  
Einklang mit  
1520 dem Pariser Klimaabkommen stehen.

1521 Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.  
Sie sollte  
1522 Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie  
als  
1523 Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.  
1524 Ein Bürgerfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

1525 Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen  
der  
1526 Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürgerfonds** vor. Er soll  
all  
1527 den Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren  
Einkommen  
1528 zu klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten  
anzusparen. In  
1529 dem Bürgerfonds zahlt jede Bürger\*in automatisch einen bestimmten Teil seines  
Einkommens  
1530 ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die  
1531 Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der  
Einzahlung in den  
1532 Bürgerfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden,  
wird der  
1533 Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden  
wir  
1534 stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige  
1535 Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürgerfonds bietet also Menschen, die kleine  
Ersparnisse  
1536 haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die  
Wirtschaft wird  
1537 von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein: Das  
Kapital ist  
1538 nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer nachhaltigen  
1539 Anlageentwicklung verpflichtet.

1540 **14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1541 Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie,  
Wasser,  
1542 Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger\*innen grundlegende Güter und  
1543 Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine  
wichtige  
1544 Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der  
öffentlichen  
1545 Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller  
Träger  
1546 wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen  
gestärkt  
1547 werden.

1548 Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele.  
Immer  
1549 mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum  
wirtschaftlichen  
1550 Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger\*innenbewegung werden wir  
systematisch  
1551 stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von  
sozial-ökologisch  
1552 inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform  
ermöglichen, die  
1553 eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen  
nicht mehr  
1554 von Vermögenseigentümer\*innen sondern von Verantwortungseigentümer\*innen  
gehalten wird.

1555 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote  
für  
1556 Gründer\*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für  
alle  
1557 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und  
Vereine  
1558 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1559 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive  
Rechtsformen.  
1560 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für  
Genossenschaften** wollen wir in  
1561 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine  
1562 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts  
entlasten. Die  
1563 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der  
solidarischen Ökonomie  
1564 sichtbar werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.  
1565 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches  
Kombinationsverbot von  
1566 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve  
1567 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen.  
So  
1568 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf  
1569 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und

1570 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige  
1571 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum  
Beispiel über  
1572 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1573 So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen  
und damit  
1574 die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere  
Beziehungen  
1575 zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren  
Wertschöpfungsketten.

1576 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln  
abzunehmen,  
1577 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-  
1578 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches  
Recht  
1579 übersetzen, dass die Bürgerenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieterstrom wollen  
wir  
1580 hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare zu  
1581 ermöglichen.

1582 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen,  
dass auch  
1583 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlabilanzen** erstellen oder in die  
Finanzbericht  
1584 integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien  
1585 berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlabilanzen oder der integrierten  
Bilanzierung von  
1586 sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)  
Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige  
1587 gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per  
1588 Mehrheitsbeschluss  
1589 künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem  
Risiko  
1590 ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter dagegen klagen.

## 1591 **15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1592 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede  
achte der  
1593 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all  
seine  
1594 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine  
Smartphones,  
1595 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen  
Vorzeichen  
1596 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen  
1597 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige  
1598 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in  
der  
1599 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug



1600 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen.  
1601 Eine  
1602 stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der  
1603 Generationengerechtigkeit, denn  
1604 zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar  
1605 mit einer  
1606 Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.  
1607 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder  
1608 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden  
1609 dabei  
1610 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften  
1611 Ausgaben zum  
1612 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den  
1613 Zusammenhalt  
1614 der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende  
1615 Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung  
1616 von  
1617 Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.  
1618 Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der  
1619 Bauwirtschaft  
1620 oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik  
1621 ist  
1622 deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft  
1623 als  
1624 auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren  
1625 dauerhaft und nachhaltig.  
1626 Investitionsgesellschaften gründen  
1627 Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen  
1628 erzielen  
1629 lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das  
1630 gleiche  
1631 gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles  
1632 andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in  
1633 öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent  
1634 managen.  
1635 Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich  
1636 auch  
1637 wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar  
1638 negativer  
1639 Zinsen.  
1640 Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die  
1641 Verschuldung von  
1642 **öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn,  
1643 Wohnungsbaugesellschaften oder  
1644 öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das  
1645 gleiche  
1646 gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus

dem  
1629 Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes  
private  
1630 Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der  
Bund gibt  
1631 für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine  
1632 Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für  
1633 Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die  
Verschuldungsgrenze  
1634 bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung  
sollen für  
1635 Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für  
Parlament und  
1636 Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die  
1637 Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit  
öffentliches  
1638 Vermögen auch öffentlich bleibt.

1639 Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren  
1640 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es  
nicht zu  
1641 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit  
der  
1642 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen.  
In  
1643 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der  
1644 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1645 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,  
1646 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren,  
verspielen wir  
1647 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch  
sichere  
1648 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren  
Schuldenstand  
1649 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir  
wollen**  
1650 **daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien  
weiterentwickeln**  
1651 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund  
mehr investiert  
1652 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch  
durch  
1653 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen  
Investitionen**  
1654 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach  
Abnutzung und**  
1655 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung  
bewegt.**

1656 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran  
gebunden,

1657 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des  
1658 BIP  
1659 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.  
1659 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter  
1660 fallen  
1660 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit  
1661 wirtschaftliche  
1661 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir  
1662 diese  
1662 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder  
1663 Ausgabenkürzungen, denn  
1663 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer  
1664 nachhaltigen  
1664 Finanzpolitik.

1665 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro  
1666 Jahr  
1666 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds**  
1667 überführen, der  
1667 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt.  
1668 Er  
1668 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung  
1669 entfalten.  
1669 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine  
1670 Änderung  
1670 des Grundgesetzes an.

1671 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder  
1672 und  
1672 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-  
1673 Investitionsfonds,  
1673 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der  
1674 vorgegebenen  
1674 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1675 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf  
1676 europäischer  
1676 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche  
1677 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum  
1678 Beispiel indem  
1678 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private  
1679 Investitionen  
1679 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche  
1680 Investitionen  
1680 gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir  
1681 Bestrebungen,  
1681 die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-  
1682 ökologische  
1682 Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt  
1683 ein. Wir  
1683 kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser  
1684 und schneller  
1684 gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für

diesen

1685 europäischen Mehrwert zu verteidigen.

1686 [1](#) Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan für

1687 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.